

Koordinierungsstelle CORA



Tätigkeitsbericht 2007

1. Über die Koordinierungsstelle CORA

1.1. Kontakt

Träger: Frauen helfen Frauen e. V. Rostock

Anschrift: Heiligengeisthof 3
18055 Rostock

Ansprechpartnerin: Heike Herold

Telefon: 0381/ 4010229

Fax: 0381/ 1216099

E-Mail: cora@fhf-rostock.de

1.2. Aufgaben 2007

1. fachliche Begleitung der Umsetzung des Landesaktionsplanes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder
2. Monitoring der Intervention bei häuslicher und sexualisierter Gewalt
3. Erschließung des Arbeitsfeldes Frauenhandel und Zwangsprostitution
4. Stalking/Tötungsdelikte
5. Öffentlichkeitsarbeit zu Gewalt gegen Frauen
6. Fort- und Ausbildung für relevante Berufsgruppen
7. Führen und Weiterentwickeln der landesweiten Statistik der Interventionsstellen
8. Vernetzung (M-V, national, international)
9. sonstige Aufgaben

1.3. Finanzierung

Die finanzielle Förderung für die Koordinierungsstelle CORA (eine Personalstelle und Sachkosten) erfolgte durch die Parlamentarische Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern.

2. Umsetzung der Aufgaben im Jahr 2007

2.1. fachliche Begleitung der Umsetzung des Landesaktionsplanes

- Der Landesrat zur Begleitung der Umsetzung des Landesaktionsplanes tagte in 2007 am 26.04.2007 und am 09.10.07. Wie auch in den vergangenen Jahren bereitete die Koordinierungsstelle CORA gemeinsam mit der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung M-V die Sitzungen vor und nahm an den Sitzungen teil. Wieder stand der interdisziplinäre Austausch von Informationen zwischen den Landesarbeitsgemeinschaften der Unterstützungseinrichtungen und den Ministerien im Vordergrund. Die Schwachstellenanalyse der Kooperationsbeziehungen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen bei der Intervention in Fällen häuslicher und sexualisierter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern wurde in der Sitzung am 9.10.2007 abgeschlossen. Die Ergebnisse wurden als Arbeitsinstrument zur Verbesserung der Kooperationsbeziehungen bewertet. Parallel dazu erstellte das Büro der Staatssekretärin eine Übersicht über den Stand der Umsetzung des Landesaktionsplanes, zu der die Ministerien zuarbeiteten. Diese Übersicht soll im Landesrat weiter fortgeschrieben werden. Ein weiteres wichtiges Thema war die Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution. Dazu war geplant (Sitzung am 9.10.2007) eine Unterarbeitsgruppe des Landesrates einzurichten, um die ab dem 1.1.2008 einzu-

richtende Fachberatungsstelle zu begleiten. Diese Arbeitsgruppe kam leider auch in den Folge-monaten nicht zustande. Ursachen waren hier Bedenken insbesondere aus dem Innenministerium gegen eine zusätzliche Arbeitsgruppe. Nach wie vor ungelöst ist das Problem der Vertretung der Ministerien durch wechselnde VertreterInnen von der Arbeitsebene. Hier plante die Parlamentari-sche Staatssekretärin schon in der Vergangenheit eine Vertretung durch die jeweiligen Staatssek-retäre, um zu tragfähigen Entscheidungen im Landesrat zu kommen und dem Gremium und damit auch dem Thema Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen einen höheren Stellenwert zu geben, die Planung wurde bisher noch nicht umgesetzt.

- Die AG Gewalt und Gesundheit tagte am 28. Februar und 10. Oktober 2007. Die Koordinierungs-stelle CORA bereitete gemeinsam mit dem Büro der Staatssekretärin für Frauen und Gleichstel-lung die Sitzungen inhaltlich und organisatorisch vor. Der Schwerpunkt lag im vergangenen Jahr neben dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch zum Thema gesundheitlicher Versorgung gewalt-betroffener Frauen in M-V auf der Vorbereitung einer Fachtagung zur Sensibilisierung der Ärzteschaft zum Thema. In der AG wurde ein Grundkonzept für eine Tagesveranstaltung erstellt und Möglichkeiten diskutiert, wie möglichst viele MedizinerInnen im Land mit der Veranstaltung erreicht werden können. Dabei wurden Fragen wie die Terminwahl (Wochenende, zu Beginn des Jahres), des Veranstaltungsortes (zentral, Erreichbarkeit, Attraktivität), der Vergabe von Fortbildungspunk-ten, der Gewinnung von Mitveranstaltern (Ärzte-, Zahnärztekammer, Techniker Krankenkasse), der Ankündigung und der Einladungswege diskutiert. Günstig wirkte sich zusätzlich in diesem Pro-zess aus, dass die Zahnärztekammer M-V ihre Bereitschaft zur Mitarbeit in der AG erklärte und diese mit hohem Engagement und Fachlichkeit ausfüllte. Die organisatorischen Vorbereitungen und die Detailplanung übernahmen in der Folge CORA und das Büro der Staatssekretärin und konnten so ein ansprechendes Programm vorlegen und interessante ReferentInnen gewinnen. Mit der Techniker Krankenkasse ergab sich eine enge Kooperation bei der Aktualisierung des Leitfa-dens „Gewalt gegen Kinder- Ein Leitfaden für Ärzte und Institutionen in M-V“. Dazu gab es eine Veranstaltung der Techniker Krankenkasse am 12.07.2007 zur Einbeziehung der Erfahrungen und des Fachwissens von CORA und anderen ExpertInnen in diesen Prozess.
- Die Arbeitsgruppe Gewalt gegen Frauen im LfK (Landesrat zur Kriminalitätsvorbeugung), welche CORA auch 2007 leitete, beendete im Sommer 2007 ihre Arbeit an dem Leitfaden für die ARGE n „Empfehlungen für die ARGE zum Umgang mit gewaltbetroffenen Frauen in M-V“. Die AG tagte am 21. Februar, 24. April, 28. Juni und 11. Juli 2007. Nach Zustimmung durch den Vorstand des LfK am 10.7.2007 wurde der Leitfaden den kommunalen Spitzenverbänden in M-V, sowie der Bundesanstalt für Arbeit, Regionaldirektion Nord mit der Bitte um Weiterverteilung an die jeweili-gen ARGE n als Ergebnis der AG zugeleitet. Mit dem Landkreistag ergab sich in der Folge noch weiterer Klärungs- und Änderungsbedarf, der in einem Gespräch am 23. August 2007 bearbeitet wurde. Dieses Gespräch und die Einarbeitung weiterer Änderungen setzte CORA gemeinsam mit Ursula Dippold als Vertreterin der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenhäuser um. Der Leitfa-den wurde breit an die Landesarbeitsgemeinschaften der Unterstützungseinrichtungen und die der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten gestreut, um möglichst umfassend die ARGE n zu infor-mieren und die Situationen der gewaltbetroffenen Frauen vor Ort zu verbessern. Dem Vorstand des LfK hatte die AG den Vorschlag gemacht sich anschließend mit dem Thema Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution in M-V zu befassen. Gegen diesen Vorschlag argumen-tierten vor allem VertreterInnen des Innenministeriums mit dem Hinweis, es wäre in M-V kein rele-vantes Kriminalitätsfeld, dem sich der LfK zuwenden müsse. Dabei wurde vor allem mit den gerin-gen Fallzahlen von identifizierten Fällen von Menschenhandel in M-V argumentiert. In der an-schließenden Abstimmung wurde deutlich, wie dringend erforderlich eine Vertretung der Parla-mentarischen Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung im Vorstand dieses Gremiums ist,

zumal die AG- LeiterInnen in den Vorstandssitzungen lediglich als Gäste und nicht stimmberechtigt teilnehmen. Der Vorstand lehnte den Themenvorschlag ab und löste die AG Gewalt gegen Frauen im LfK nach mehreren Jahren der Arbeit auf. Beschlossen wurde durch den Vorstand die zusätzliche Einrichtung der AG Stalking unter Leitung der Staatsanwältin Monika Kunisch aus Schwerin.

- Die Leitung des Arbeitskreises Täterarbeit wurde von CORA wie geplant ab den Jahresbeginn 2007 an den Vertreter der LAG der Männerberatungsstellen abgegeben und seitdem von Herrn Marschner von der Männer- und Gewaltberatungstelle Neubrandenburg umgesetzt. Der AK Täterarbeit tagte am 25. Juni und am 24. September 2007 in Rostock. Thematisch standen die bundesweiten Standards für Täterarbeit im Bereich häuslicher Gewalt im Mittelpunkt. In den Sitzungen wurde das Anliegen der Männerberatungsstellen, aber auch von Polizei und Staatsanwaltschaften deutlich, bei mehr Tätern Verhaltensänderungen durch entsprechende Beratung und Trainingsprogramme zu erreichen. Bei den im AK Täterarbeit vertretenen Unterstützungseinrichtungen für gewaltbetroffene Frauen standen Befürchtungen zur Sicherheit ihrer Klientinnen im Vordergrund und es gab Nachfragen bzw. kritische Anmerkungen zur Kooperation von Männerberatung und Frauenunterstützungseinrichtungen im Einzelfall. Die Staatsanwältin Grimm aus der Staatsanwaltschaft Rostock berichtete von positiven Erfahrungen mit Anschreiben der Sozialen Dienste der Gerichte in ihrem Auftrag an die Täter mit der Aufforderung sich zur Beratung in die Männerberatungsstelle zu begeben.
- Die Arbeitsgruppe des Landesjugendamtes zum Leitfaden Kindeswohlgefährdung in Fällen häuslicher Gewalt konnte im Sommer 2007 ihre Arbeit abschließen. Der Leitfaden wurde im August 2007 durch den Direktor des Landesjugendamtes an alle Jugendämter mit der Empfehlung zur praktischen Umsetzung versandt. In dem interdisziplinär besetzten Gremium (Justiz, Jugendämter, Interventionsstellen, Landesjugendamt, CORA) wurde dieser Leitfaden erstellt und gründlich fachlich diskutiert. CORA und die Interventionsstelle Rostock leisteten bei der Erstellung der Textteile einen entscheidenden Beitrag.
- Die Weiterführung und Übertragung der Kinder- und Jugendberatung auf alle Interventionsstellen im Land nach der Modellphase in den Interventionsstellen Schwerin und Rostock war für den Träger Frauen helfen Frauen e. V. Rostock, die LAG der Interventionsstellen und die Kolleginnen im Modellprojekt ein wichtiges Anliegen. Hier unterstützte CORA den Prozess durch die aktive Beteiligung und Vorbereitung von Gesprächen mit den Fraktionen des Landtages, insbesondere zur Sicherung der Finanzierung der Stellen aus Landesmitteln.

2.2. Monitoring der Intervention bei häuslicher und sexualisierter Gewalt

- Auch in 2007 war der Interdisziplinäre Fachaustausch das wichtigste Monitoringinstrument. Er tagte am 31. Januar und am 10. Oktober 2007 in der Staatsanwaltschaft Schwerin und in der Polizeidirektion Stralsund. Zum Teilnehmerkreis gehören jetzt die Interventionsstellen, die Sonderdezernentinnen in den Staatsanwaltschaften, die Polizeidirektionen, das Innen- und das Justizministerium, ein Verwaltungsrichter und das Institut für polizeiliche Aus- und Fortbildung an der Fachhochschule für Verwaltung und öffentliches Recht in Güstrow. Die gewünschte Teilnahme des Büros der Staatssekretärin konnte aus terminlichen Gründen nur in einer Sitzung umgesetzt werden, ebenso die Teilnahme einer StrafrichterIn vom Amtsgericht Rostock. Die in der LAG der Interventionsstellen vorgeschlagenen Tagungsordnungspunkte für die jeweiligen Sitzungen sorgten im Vorfeld der Herbstsitzung 2007 für einige Irritationen im Innenministerium, diese konnten im Telefonat mit dem Abteilungsleiter Polizei ausgeräumt werden. Insbesondere die TeilnehmerInnen aus den Polizeidirektionen und aus den Staatsanwaltschaften bewerteten diese Veranstaltungen für sie als wertvoll. Sie schätzen die Möglichkeit des offenen, kritischen und interdisziplinären Austausches und sehen damit ihre Arbeit und ihr besonderes Engagement für das Thema häusliche Ge-

walt gewürdigt. Hier wurde deutlich, dass ein solcher Bedarf besteht, es aber keine institutionalisierten Austauschmöglichkeiten, z. B. unter den Sonderdezernentinnen Häusliche Gewalt gibt. Hier stellen die halbjährlichen Sitzungen des Interdisziplinären Austausches eine der wenigen Möglichkeiten des Fachaustausches dar. Angemerkt wird auch von TeilnehmerInnen des Interdisziplinären Austausches, dass ihre Arbeit in ihren Institutionen z. T. wenig Unterstützung und Anerkennung erfährt. Ausdruck des gestiegenen Stellenwertes des Interdisziplinären Austausches in den letzten Jahren ist auch die intensive Vorbereitung durch die gastgebende Behörde und die Begrüßung durch den jeweiligen Behördenleiter.

In den Sitzungen befassten sich die TeilnehmerInnen intensiv mit einem Fachaustausch zur Intervention bei häuslicher Gewalt, dazu wurden die Statistiken der Polizei, der Interventionsstellen und der Staatsanwaltschaften vorgestellt und ausgewertet. Daraus ergaben sich z. B. bei der Polizeidirektion Schwerin interessante Ansatzpunkte für die Verbesserung der Datenübermittlung der Polizei an die Interventionsstelle Schwerin. Das behördeninterne Controlling auch speziell für HG-Fälle hat sich in der Polizeidirektion Stralsund weiter bewährt: ein Ausdruck dessen waren auch die hohen Fallzahlen der Interventionsstelle Stralsund mit einer vergleichsweise kleinen EinwohnerInnenzahl des Polizeidirektionsbereiches im Vergleich zu anderen Interventionsstellen. Ein wichtiger Erfolg dieses Austausches war die Übernahme dieser Regelungen durch die Polizeidirektion Anklam in einen entsprechenden Erlass. Weitere Themen waren die Umsetzung des neuen Stalkinggesetzes in M-V, die Einrichtung der entsprechenden Sonderdezernate in allen Staatsanwaltschaften, sowie dringender Regelungsbedarf an der Erlasslage für die Polizei sowohl zu Stalking, als auch zur Intervention bei häuslicher Gewalt. Als Punkte hierzu wurden diskutiert: die Verfahren zum Zwangsgeld, die Aktualisierung der Definition Häusliche Gewalt und die Standardisierung von Gefährdungsprognosen. Wie bisher gehandhabt, übernahm CORA die inhaltliche und organisatorische Vor- und Nachbereitung, sowie die Leitung der Sitzungen.

2.3. Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution

- Die Umsetzung des Themenfeldes gestaltete sich 2007 anfangs schwierig. Das vorgesehene Zeitkontingent aus dem mit der Staatsekretärin abgestimmten Arbeitsplan für 2007 konnte so nicht umgesetzt werden. Gründe dafür war das Nichtzustandekommen einer landesweiten Arbeitsgruppe zum Thema als Unterarbeitsgruppe des Landesrates zur Begleitung der Umsetzung des Landesaktionsplanes und die Ablehnung des Arbeitsthemas für die AG Gewalt gegen Frauen durch den Vorstand des LfK.
- Zusätzlich befasste sich CORA intensiv mit der Vorbereitung eines Workshops im Rahmen des Alternativen G8-Gipfels in Rostock zu den globalen Auswirkungen von Menschenhandel. In dieser Arbeitsgruppe bereiteten Terre des Femmes, Städtegruppe Rostock, der Unabhängige Frauenverband Rostock und CORA diese Veranstaltung vor und trugen eine umfangreiche Materialsammlung mit Zahlen und Fakten zusammen. So konnten Rechenbeispiele zu den wirtschaftlichen Hintergründen angestellt werden und Nutznießer in Rostock und Region aufgezeigt werden. Im Mittelpunkt stand das Anliegen, die Situation der betroffenen Frauen deutlich zu machen. Dazu trug auch entscheidend der Vortrag einer Fachfrau einer Hilfsorganisation aus Weißrussland bei.
- Daneben arbeitete CORA weiter an einer Material- und Informationssammlung zum Thema und nahm unter anderem an einer Fachtagung des BMFSFJ und des KOK zur Auswertung der Evaluation des Prostitutionsgesetzes in Berlin teil.
- In Vorbereitung der einzurichtenden Fachberatungsstelle zu Menschenhandel und Zwangsprostitution für M-V wurden durch CORA und das Büro der Staatsekretärin Erfahrungen aus anderen Bundesländern ausgewertet. In den Monaten April-Juni wertete CORA 30 Konzepte von Fachbe-

ratungsstellen zu Menschenhandel in der BRD aus und erstellte gemeinsam mit dem Büro der Staatssekretärin Eckpunkte und Kriterien für Erstellung und Bewertung von entsprechenden Konzepten für Mecklenburg- Vorpommern. Die Ergebnisse dieses Prozesses wurden in einer Besprechung der Staatssekretärin am 21.8.2007 vorgestellt und mit ihr diskutiert.

- Weitergeführt wurde die Teilnahme von CORA am Runden Tisches zur Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution in Rostock. Wie bereits bewährt, brachte sich die Koordinatorin intensiv in die Vorbereitung und Durchführung desselben ein. Der Runde Tisch tagte am 25. April und 27. Juni 2007 unter Leitung der Gleichstellungsbeauftragten der Hansestadt Rostock. Themen waren neben einem Fachaustausch der vertretenden Institutionen die Evaluation des Prostitutionsgesetzes, und die nötigen Vorbereitungen zur Einrichtung einer landesweit tätigen Fachberatungsstelle für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution in Rostock. Dazu wurde der TeilnehmerInnenkreis erweitert: das Gewerbeamt und das Gesundheitsamt der Hansestadt Rostock konnten für die Mitarbeit gewonnen werden. Hierzu wurden im Vorfeld Gespräche der Gleichstellungsbeauftragten und von CORA mit den LeiterInnen der Behörden geführt, um sie für dieses Thema aufzuschließen.

2.4. Bekämpfung von Stalking/Tötungsdelikten

- Der Start zur intensiven Bearbeitung des Themas Bekämpfung von Stalking in einem entsprechenden Kooperationsgremium verzögerte sich durch die Notwendigkeit eines entsprechenden Vorstandsbeschlusses des LfK, welcher erst am 13. November 2007 getroffen wurde, weiter bis zum Ende des Jahres. Am 13. Dezember fand die konstituierende Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Stalking des LfK unter Leitung von Staatsanwältin Kunisch in Schwerin statt. Der Auftrag der AG lautet: Erstellung eines Präventionskonzeptes für M-V gegen Stalking. In der AG sind vertreten: das Innenministerium, Abteilung Polizei, das Büro der Parlamentarischen Staatssekretärin, ein Polizeipraktiker, die LAG der Interventionsstellen, die LAG der Frauenhäuser, CORA, der Weiße Ring, ein Amtsgericht, die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Recht (I-pAF) und die Beratungsstellen für Betroffene von Straftaten in M-V. CORA unterstützte Frau Staatsanwältin Kunisch bei der Vorbereitung der AG- Sitzung und bei der Erstellung eines Vorschlages von Eckpunkten für ein entsprechendes Konzept. Die inhaltliche Arbeit begann mit der Sammlung vorhandener Materialien, Fachinformationen und Konzepte zum Thema.
- Die Problematik Prävention von Tötungsdelikten in Paarbeziehungen wurde durch CORA in 2007 aufgegriffen, indem eine Fallsammlung für 2007 angelegt wurde. Die Frauenunterstützungseinrichtungen in M-V wurden im Rahmen ihrer LAG'n gebeten, entsprechende Fälle von versuchten und vollendeten Tötungsdelikten als Information an CORA weiter zu leiten. Zum Teil waren es Fälle, die den Frauenunterstützungseinrichtungen im Rahmen ihrer Fallarbeit bekannt wurden, aber auch Pressemeldungen über entsprechende Fälle. In 2007 wurden 10 Fälle für M-V zusammengetragen, davon wurden 5 Fälle als versuchte Tötungsdelikte des Partners an der Partnerin eingeschätzt, 2 Fälle waren erweiterte Suizide, bei dem der Partner erst die Partnerin und dann sich tötete, 3 Fälle waren als vollendete Tötungsdelikte im Rahmen von Partnerschaftsgewalt einzuschätzen. Insgesamt kamen 5 Frauen durch ihre Partner ums Leben, 4 Frauen wurden lebensbedrohlich verletzt. Deutlich wurde bei der Zusammenstellung der Fälle, dass bei der Betrachtung schwere Körperverletzungen, die eventuell zum Tod führen können, aber auch Verkehrsdelikte und erweiterte Suizide miteinbezogen werden müssen. In einem Fall wurde ein Verkehrsunfall mit Todesfolge zuerst von der Polizei nicht im Kontext von Partnerschaftsgewalt gesehen. Für die Beraterinnen gestaltet es sich schwierig, eine Zuordnung der entsprechenden Fälle vorzunehmen. Im Folgejahr wird CORA diese Zusammenstellung weiterführen, um entsprechende Argumentationen für den Interdisziplinären Austausch vorlegen zu können, da das Innenministerium hier we-

gen der geringen Fallzahlen derzeit keinen besonderen Handlungsbedarf sieht. Gute weitere fachliche Ansatzpunkte sind einem Vortrag von Polizeirat Segebarth auf dem letzten Interdisziplinären Austausch zu entnehmen, der deutlich machte, dass die Gefährungsprognosen der Polizei in Fällen von HG und Stalking sich in M-V nicht optimal gestalten.

- Gute Fachinformationen und praktische Erfahrungen aus anderen Bundesländern zur Bekämpfung von Stalking und zur Prävention von Tötungsdelikten ergab das Fachsymposium am 26. November 2007 in Stralsund, an dem CORA teilnahm.

2.5. Öffentlichkeitsarbeit zu Gewalt gegen Frauen

- Die Herausgabe des Fachinformationsdienstes CORAktuell wurde in 2007 weitergeführt. Die Redaktionskommission (Sabine Jonitz, KBST Waren, Ulrike Bartel, Geschäftsführerin Frauen helfen Frauen e. V. Rostock und CORA) setzte die Planung, Erstellung und Herausgabe der Ausgaben 12-15 um. Geplant waren die Themen Kindeswohlgefährdung, Arbeit mit gewalttätigen Männern, Schwerpunkte der neuen Landesregierung und Umsetzung des neuen Stalkinggesetzes in M-V. In der praktischen Umsetzung ergab sich die Notwendigkeit, diesen Plan zu korrigieren: durch die oben geschilderten zeitlichen Verzögerungen bei der Einrichtung einer entsprechenden Arbeitsgruppe zum Thema Stalking waren hier noch keine Ergebnisse bei der Umsetzung des Stalkinggesetzes zu berichten. Diese Ausgabe wurde auf das Folgejahr verschoben. Die Ausgabe zur Kindeswohlgefährdung wurde als Doppelausgabe 13./14. herausgebracht. Hier gab es viele fundierte und wichtige Beiträge zum Thema (Kinder- und Jugendberatung in Fällen häuslicher Gewalt, Kindeswohlgefährdung durch sexualisierte Gewalt, Cochemer Modell, Interview mit einer Jugendamtsleiterin, Beiträge des Sozialministers und der Parlamentarischen Staatssekretärin), die einen höheren Seitenumfang erforderten. Wie erwartet, wurde diese Ausgabe über den üblichen Verteiler von ca. 150 Versandadressen hinaus nachgefragt. Insbesondere die Frauenhäuser und Interventionsstellen verwendeten diese Ausgabe als spezielles Informationsmaterial in Kooperationsgesprächen und Fortbildungen für die Jugendhilfe. Daher wurde noch ein Nachdruck von 500 Exemplaren umgesetzt, die bis auf wenige Exemplare auch bereits abgerufen sind. Nach den gemeinsamen Redaktionssitzungen übernahm CORA die Organisation der Umsetzung der Beiträge, führte Interviews, traf Absprachen mit den VerfasserInnen, verfasste eigene Beiträge (z.B. 15. Ausgabe: „Bundesweite Standards für die Täterarbeit- die Frauenunterstützungseinrichtungen positionieren sich“), stellte Informationen und Literaturempfehlungen zusammen und korrigierte die Texte. Die kritischen Positionen von CORA in dem Beitrag zu den bundesweiten Standards wurden in einem Leserbrief von Herrn Dr. Glitsch von der Universität Rostock aufgegriffen. Die Redaktion entschied sich diese Diskussion in einer weiteren Ausgabe im neuen Jahr 2008 in einem Fachdiskurs weiter zuführen.
- Die Web-Site der Koordinierungsstelle CORA wurde auch 2007 in Zusammenarbeit mit der Geschäftsführerin regelmäßig aktualisiert. Dadurch können viele Anfragen nach Informationen oder zu speziellen Fachfragen auf diese Seite verwiesen werden.
- CORA beteiligte sich an der Vorbereitung der Ausstellung „Rosenstrasse 76“ im Rahmen eines Schulprojektes in Kooperation von Frauen helfen Frauen e. V. Rostock und einer Rostocker Schule durch die Unterstützung der SchülerInnen bei der Überarbeitung und Aktualisierung von Texttafeln für die Ausstellung und beim Aufbau bzw. Abbau der Ausstellung.
- Um eine langfristige Vorbereitung des Fachforums zum 10jährigen Jubiläum von CORA im Jahr 2008 zu sichern, wurde am 29. Oktober 2007 das Vorbereitungskomitee gegründet. Dafür konnte eine Vorstandsfrau, die Geschäftsführerin des Trägers und eine Mitarbeiterin des Büros der Par-

lamentarischen Staatssekretärin gewonnen werden. Erste Schritte waren die Planung des Ablaufes des Fachforums und die Beantragung von Fördermitteln.

- Als Referentin wurde die Koordinatorin von CORA in 2007 zu folgenden Themen angefragt: am 27. August 2007 in Magdeburg im Sozialministerium Sachsen- Anhalt zum Datenerfassungssystem der Interventionsstellen in M-V, am 4. September 2007 zur Frauenhausfachtagung in Fulda zum Thema: „Täterarbeit bei häuslicher Gewalt- (K)ein Thema für Frauenhäuser?“, auf Einladung des Bildungsministeriums M-V und von L.I.S.A. am 15. Oktober 2007 in der Klausurtagung der Gesundheits-, Sucht und Gewaltpräventionsbeauftragten der Schulen zum Thema „Mitbetroffenheit von Kindern durch häusliche Gewalt“ und am 23. November 2007 im Regionalen Netzwerk der Stadt Brandenburg „Gegen häusliche Gewalt“ zum Thema „Netzwerkarbeit zu häuslicher Gewalt“. In einer Klausurtagung der Berliner Hotline zu Gewalt gegen Frauen BIG-Hotline am 27. November 2007 in Rostock hielt CORA einen Vortrag zu den Erfahrungen und der Konzeptionierung des pro-aktiven Beratungsansatzes der Interventionsstellen in M-V.

2.6. Fort- und Ausbildung für relevante Berufsgruppen

- In der Zusammenarbeit mit dem Institut für polizeiliche Aus- und Fortbildung an der Fachhochschule Güstrow stand für 2007 das Angebot von CORA, Unterstützung zum Thema Gewalt gegen Frauen bei der Überarbeitung der Fort- und Ausbildung zu geben. Diese Aufgaben konnte das IpAF aus personellen und terminlichen Gründen erst in 2008 in Angriff nehmen und die angebotene Unterstützung von CORA hat sich damit ebenfalls in das Folgejahr verschoben. Am 19. Oktober 2007 wurden in einem Gespräch einer Mitarbeiterin des IpAF und von CORA die konkreten Fragen der Zusammenarbeit für 2008 vorbesprochen und erste Termine für die Gestaltung von Modulen in Fort- und Ausbildung der Polizei durch die Interventionsstellen besprochen.
- Nach dem Abschluss der Erstellung des Leitfadens Kindeswohlgefährdung in Fällen häuslicher Gewalt in der AG des Landesjugendamtes M-V war deutlich, dass die Umsetzung dieses Leitfadens eine besondere Fortbildung für Jugendämter erfordert. Auf Anregung von CORA trat das Landesjugendamt daher an das Fortbildungsinstitut Schabernack heran, um den Jugendämtern entsprechende Fortbildungen anzubieten. CORA erstellte mit der Interventionsstelle Rostock ein entsprechendes Angebot und Schabernack e.V. übernahm die Organisation des 2tägigen Seminars. Leider musste das für den Oktober 2007 geplante Seminar wegen mangelnden Interesses in den Jugendämtern durch Schabernack e.V. abgesagt werden. Lediglich 3 TeilnehmerInnen hatten sich bei der landesweiten Ausschreibung angemeldet. Im letzten Sachbericht hatte ich angemerkt, dass es offensichtlich bei der Zielgruppe keinen ausgeprägten Bedarf nach Fortbildung zu dem Thema gibt und bei der Entwicklung eines entsprechenden Problembewusstseins angesetzt werden muss. Die Gründe dafür sind offensichtlich auch in anderen Problemen als dem mangelnden Problembewusstsein zu suchen, hier kann auch die geringe Personaldecke bei einer Vielzahl von anstehenden Aufgaben in den Jugendämtern eine Rolle spielen.
- Auf Nachfrage der Volkshochschule Greifswald erstellte CORA ein Angebot für LehrerInnen und SchulsozialarbeiterInnen zum Thema: „Häusliche Gewalt- (k)ein Thema für Schulprojekttag?“ im Rahmen eines dreitägigen Seminars. Ergebnis sollten praxistaugliche Module für Projekttag an Schulen sein. Auch dieses, für die TeilnehmerInnen kostenfreie, Wochenendseminar musste mangels Interesse bei der Zielgruppe ausfallen.

2.7. landesweite Statistik der Interventionsstellen

- Das neue Datenerfassungssystem Statfix für die Interventionsstellen ging im Januar 2007 in den Regelbetrieb. In den ersten Monaten gab es zur Behebung von Anlaufschwierigkeiten für CORA

und die Interventionsstellen noch einen erhöhten Abstimmungsaufwand. Dabei wurde deutlich, dass die Auseinandersetzung mit der Datenerfassung und -auswertung die LAG der Interventionsstellen weiter beschäftigen wird und muss. In Debatten zur Erfassung und Bewertung von Fakten aus der Fallarbeit entwickeln sich immer wieder Auseinandersetzungsprozesse zur Qualität der Beratungsarbeit, zu Anforderungen an die Kooperation mit anderen Institutionen und zum Veränderungsbedarf an der Konzeption. Daneben traten eine Reihe kleinerer Probleme, Fehler und Verbesserungsbedarf am Programm zu Tage. Durch die Betriebseinstellung der Softwarefirma und den Wegzug des Softwareentwicklers müssen hier zukünftig andere Wege gefunden werden, um Fehler zu beheben und das Programm ggf. zu aktualisieren. Eines der Probleme ist zum Beispiel die erforderliche Erfassung und statische Auswertung von Stalkingfällen, die durch das derzeitige Programm nicht geleistet werden kann. Seit dem ersten Quartal 2007 wurden vierteljährlich die Daten der Interventionsstellen an CORA übermittelt und durch CORA eine landesweite Statistik erstellt und ausgewertet. Zusätzlicher Arbeitsaufwand ergab sich 2007 für CORA durch den personellen Wechsel in einer Interventionsstelle des Landes, hier waren die neuen Kolleginnen nicht mit dem Programm vertraut und durch CORA unterstützt werden.

- Zur Auswertung der statistischen Angaben der Interventionsstellen in M-V für 2007 kann folgendes festgestellt werden: Die Gesamtfallzahlen sind im Vergleich zu 2006 wiederum angestiegen. Insgesamt wurden in den Interventionsstellen 1.860 Fälle (2006: 1.624) häuslicher Gewalt bekannt, das sind 236 Fälle mehr. Der Zuwachs ist vor allem auf vermehrte Informationen der Polizei an die Interventionsstellen zurückzuführen: 1.489 (2006: 1.175). Darin enthalten sind auch zunehmend Informationen über Anzeigen von Geschädigten bei der Polizei, ohne einen vorausgegangenen Polizeieinsatz in der Wohnung. An der Geschlechtsverteilung bei Opfern und Tätern gibt es keine relevanten Veränderungen: 92% der Opfer sind weiblich, 94% der Täter sind männlich. Die Taten werden zu 37% durch Täter unter Alkoholeinfluss verübt, in 9% der Fälle waren die Opfer alkoholisiert. Regional gibt es erhebliche Unterschiede im Fallaufkommen der Interventionsstellen: die Interventionsstelle Rostock hat mit 427 Fällen das höchste Aufkommen (im Vergleich: Schwerin: 285, Neubrandenburg: 364, Anklam: 302, Stralsund: 392), hier schlagen 342 von der Polizei übermittelte Fälle (im Vergleich: Schwerin: 229, Neubrandenburg: 284, Anklam: 304, Stralsund: 330) zu Buche. Diese Zahlen spiegeln immer die Qualität der Kooperation der Polizeidirektion mit der jeweiligen Interventionsstelle, Festlegungen zum Controlling und den Stellenwert des Themas in der Polizeidirektion wieder. Zusätzlich wurden in 2007 erstmals durch die Interventionsstellen gezielt die Stalkingfälle ausgezählt. Da diese Leistung mit dem Statfix-Programm nicht möglich ist, mussten diese Fälle gesondert gezählt werden. Zusammen in allen Interventionsstellen in M-V wurden 130 Stalkingfälle beraten. Zu beachten ist hierbei, dass das Stalkinggesetz erst seit dem März 2007 in Kraft ist und die Polizei des Landes recht unsicher in der Bearbeitung dieser Fälle ist. Einen entsprechenden Erlass bzw. eine Anpassung der Erlasslage seitens des Innenministeriums liegt bis jetzt noch nicht vor. Ein 2007 erstellter Fortbildungsbrief der Fachhochschule für die polizeiliche Fort- und Ausbildung bedarf nach Meinung von PraktikerInnen dringender fachlicher Überarbeitung. Auffällig waren die hohen Fallzahlen in der Interventionsstelle Anklam (52 Fälle von 130 Fällen landesweit in 2007). Dort hat der Polizeidirektor eine Verfügung für die Polizeidirektion erlassen, die die Information der Interventionsstelle durch die Polizeibeamten auch in Stalkingfällen vorsieht. Zu den Ergebnissen der Beratungsarbeit der Interventionsstellen kann Folgendes festgestellt werden: in 1.522 Fällen wurde pro-aktiv Kontakt zu den Opfern häuslicher Gewalt aufgenommen (Übermittlungen von der Polizei und sonstige vermittelte Kontakte), davon gelang in 1.219 Fällen der Kontakt (80%), nur 53 Opfer lehnten das Angebot ab (4%). In 319 Fällen war in der Interventionsstelle bekannt, dass die Opfer eine zivilgerichtliche Schutzverfügung beantragt hatten. Das muss nicht die gesamte Zahl an

entsprechenden Anträgen von KlientInnen der Interventionsstellen widerspiegeln, häufig erfahren die Beraterinnen davon im Rahmen ihrer kurzfristigen Beratung nicht.

- CORA bemühte sich wiederum, die Zahlen gewaltbetroffener Frauen, die in den Frauenunterstützungseinrichtungen in M-V bekannt wurden, zusammenzufassen. Für 2007 konnte bisher nur die Zahlen zu häuslicher Gewalt zusammengefasst werden. Für die LAG der Beratungsstellen zu sexualisierter Gewalt liegen diese bisher noch nicht vor. CORA hinterfragte die Zahlen der LAG der Frauenhäuser und Kontakt- und Beratungsstellen noch einmal, weil hier ein Rückgang der Fallzahlen deutlich wurde. Es waren die ambulant in den Frauenhäusern beratenen Frauen nicht mit erfasst worden und Korrekturen mussten erfolgen. Hier sind ein einheitliches Erfassungssystem und eine gründliche Verständigung über die Erfassungs- und Zuordnungskriterien dringend geboten. CORA wies in den vergangenen Jahren wiederholt in der LAG darauf hin und bot sich an, diesen Prozess mit den Erfahrungen aus der Erstellung des Datenerfassungssystems der Interventionsstellen zu unterstützen. Zu den Gesamtfallzahlen häuslicher Gewalt aus Frauenhäusern, Interventionsstellen und Kontakt- und Beratungsstellen in M-V für 2007: 3.277 Frauen wurden als Opfer häuslicher Gewalt in M-V bekannt (2006: 2.912 Frauen), diese Frauen hatten 2.567 Kinder/Jugendliche (2006: 2.612 Kinder/Jugendliche). Während die Zahl betroffener Frauen um 365 stieg, sank die Zahl der Kinder/Jugendlichen um 45. Hier spiegelt sich ein Trend wieder, der bundesweit in Frauenhäusern und Beratungsstellen beobachtet wird: im Rahmen der demographischen Entwicklung zu weniger Kindern in der Gesellschaft spiegelt sich das auch in zurückgehenden Kinderzahlen in Frauenhäusern und Beratungsstellen wider. Die Gesamtfallzahl von Frauen, die in den 9 Frauenhäusern des Landes Schutz suchten oder ambulant beraten wurden, hat sich von 849 auf 1.102 erhöht. Leider lässt sich auf Grund der CORA vorliegenden Zahlen keine Aussage treffen, wie sich der Anteil von Frauen im Haus und ambulant beratenden Frauen entwickelt hat, da für 2006 lediglich eine Gesamtzahl von Frauen vorlag. Für 2007 zeigen die Fallzahlen in den Frauenhäusern, dass besonders ambulante Beratung nachgefragt wird: 343 Frauen in Frauenhäusern, 759 Frauen in der ambulanten Beratung der Frauenhäuser. Die Fallzahlen beratender Frauen in den Kontakt- und Beratungsstellen sind in der Betrachtung von 2006 und 2007 konstant: in den 8 Beratungsstellen wurden im Jahr 2007 500 Frauen beraten (2006: 505 Frauen).

2.8. Vernetzung (M-V, national, international)

- Auch in 2007 nahm die Koordinatorin regelmäßig an den Sitzungen der LAG der Unterstützungseinrichtungen für gewaltbetroffene Frauen teil. Dabei hat die Koordinierungsstelle CORA in den Sitzungen der LAG der Frauenhäuser/Kontakt- und Beratungsstellen (KBST) und in der LAG der Beratungsstellen sexualisierte Gewalt einen Gaststatus, in der LAG der Interventionsstellen ist sie ständiges Mitglied. Durch die Teilnahme von CORA an den LAG-Sitzungen der FH/KBST und die Vertretung der Frauenhäuser und KBST in den Werkstattgesprächen der bundesweiten Frauenhauskoordination hat sich eine intensive Zusammenarbeit entwickelt. Über diese Termine hinaus wird CORA zu anderen Terminen der LAG Frauenhäuser und Kontakt- und Beratungsstellen, wie z. B. zum Leitfaden Hartz IV oder zu Gesprächen mit der Staatskanzlei hinzugezogen und so die Fachkompetenz von CORA eingebracht. Mit der LAG der Beratungsstellen sexualisierte Gewalt gestaltet sich die Zusammenarbeit noch nicht so eng. Zu einem gab es im vergangenen Jahr häufig terminliche Probleme auf Seiten der LAG oder bei CORA, zum anderen verzögerte sich eine Entscheidung der LAG, ob die Koordinatorin an der gesamten LAG-Sitzung teilnehmen kann. Durch den ca. 2-monatigen Turnus kam hier eine kontinuierliche Zusammenarbeit nicht zustande. An den Sitzungen der Landesarbeitsgemeinschaften der Interventionsstellen

nahm die Koordinierungsstelle regelmäßig teil. Neben der Sicherung des Informationsflusses standen hier gemeinsame Abstimmungen zur neuen Statistik, und die Vorbereitung der Sitzungen des Interdisziplinären Austausches im Vordergrund. Die Koordinierungsstelle bereitete mit den Interventionsstellen ihre 2-tägige Klausurtagung am 15. und 16. Juni 2007 in Lubmin vor und moderierte die gesamte Veranstaltung. Themen waren: die Beratung und Fortbildungskonzepte zu Stalking, der Austausch zu Fortbildungskonzepten zu häuslicher Gewalt für Polizei, Jugendämter und LehrerInnen. Hier ging es sowohl um Fragen der inhaltlichen Gestaltung, der Organisation und um neue methodische Materialien. Wiederum brachten die Interventionsstellen das Thema Qualitätssicherung, z. B. durch regelmäßige Supervision in die Diskussion. Weitere fachliche Themen waren der Opferschutz im Strafverfahren und die Zusammenarbeit mit den Beratungsstellen für Betroffene von Straftaten in M-V und die Umsetzung des Kinderschutzes in den Interventionsstellen.

- Der Arbeitskreis Netzwerk übertrug CORA am 12. September 2007 die Leitung des AK Netzwerk. Dem waren Bemühungen um ein neues SprecherInnengremium vorausgegangen. Aus verschiedenen Gründen wurden keine neuen SprecherInnen gefunden und von einigen VertreterInnen vorgeschlagen, diese Aufgabe CORA zu übertragen. Seitdem bereitet CORA die vierteljährlichen Sitzungen vor, leitet diese, übernimmt zwischen den Sitzungen Abstimmungsaufgaben, vertritt den AK Netzwerk in anderen Gremien, soweit es das Arbeitszeitvolumen zulässt.
- Als sehr fruchtbringend hat sich die Teilnahme von CORA als Vertreterin der LAG der Frauenhäuser und Kontakt- und Beratungsstellen M-V an den Werkstattgesprächen der Frauenhauskoordination erwiesen. Informationen zu Aktionen, Gesetzesinitiativen, Materialien und bundesweiten und internationalen Entwicklungen können so durch CORA besser im Bundesland genutzt und gezielter weitergeleitet werden. Fast täglich werden Informationen von der Koordinierungsstelle an die Landesarbeitsgemeinschaften der Frauenhäuser/Kontakt- und Beratungsstellen, Interventionsstellen und Beratungsstellen gegen sexualisierte Gewalt von der Frauenhauskoordination weitergeleitet werden. Damit werden diese Informationen nicht nur den Frauenhäusern, sondern auch den anderen Frauenunterstützungseinrichtungen zugänglich gemacht. Aktiv wirkte CORA wieder in der Unterarbeitsgruppe Täterarbeit des Werkstattgesprächs mit. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe setzten sich mit Positionen der Frauenhäuser zur Täterarbeit in Fällen häuslicher Gewalt auseinander und legten die Positionen in einem Positionspapier nieder, welches mit den Teilnehmerinnen der Werkstattgespräche diskutiert und dort abgestimmt wurde.
- Wie in den vorherigen Jahren bewährt wurde der enge Kontakt zwischen der Geschäftsführerin des Landesfrauenrat M-V fortgeführt. Bis zur Auflösung der AG Gewalt gegen Frauen im LfK und der gemeinsamen Teilnahme an den Vorstandssitzungen wurde der Austausch in diesem Rahmen umgesetzt. Seit dem gibt es regelmäßige Abstimmungsgespräche und einen regen und vertrauensvollen Austausch zu anstehenden Themen.
- Die bundesweiten Vernetzungstreffen fanden 2007 am 16. März 2007 und gemeinsam mit den Interventionsstellen vom 7.-9. November 2007 in Hamburg statt. CORA nahm aktiv an diesen Treffen teil und erhielt dort vielfältige Anregungen für die eigene Arbeit aus dem Erfahrungsaustausch.
- Die Koordinierungsstelle CORA nahm am 12. Internationalen Vernetzungstreffen der Interventionsprojekte und Interventionsstellen in Graz /Österreich vom 11.-13. Juni 2007 teil. Themen des Erfahrungsaustausches waren neben dem allgemeinen Erfahrungsaustausch die Unterstützung von Kindern als Mitbetroffene häuslicher Gewalt, die psychischen Auswirkungen bei Kindern und Erfahrungen der Kolleginnen aus Österreich mit der psychosozialen Prozessbegleitung.

2.9. sonstige Aufgaben

- Die Koordinatorin nahm auch 2007 regelmäßig und aktiv an den monatlichen Leistungsberatungen der Einrichtung des Vereins Frauen helfen Frauen e. V. Rostock und an der Leitungssupervision teil.
- Zur eigenen Qualifizierung nutzte die Koordinatorin die Teilnahme am Fachsymposium „Stalking –auf die Pirsch gehen“ am 26. November 2007, an der Fachtagung am 1. März 2007 „Rolle rückwärts? Erfahrungen und Wirkungen des Prostitutionsgesetzes“ in Berlin und an der Fachtagung „Perspektiven zum 2. Bundesaktionsplan der Bundesregierung“ vom 4.-5. September 2007 in Fulda. Vom 25.-27. Oktober nahm CORA an einer Fortbildung zur frauenpolitischen Lobbyarbeit des Feministischen Rechtsinstitutes in Berlin teil.

3. Fazit 2007 und Ausblick für 2008

- Der Arbeitsplan für 2007 wurde weitestgehend und mit gutem Erfolg umgesetzt. Wie im Arbeitsplan vorgesehen wurden 2007 z. B. erfolgreich die Erstellungsprozesse für den Leitfaden für die ARGEn, für den Leitfaden für Jugendämter zur Kindeswohlgefährdung in Fällen häuslicher Gewalt und für das Positionspapier zur Täterarbeit abgeschlossen. Damit liegen wichtige Arbeitsmaterialien für die weitere Arbeit am Thema vor. Andere Vorhaben aus dem Arbeitsplan konnten nicht oder nur teilweise umgesetzt werden, wie die Einrichtung einer Arbeitsgruppe Menschenhandel und Zwangsprostitution, der Arbeitsgruppe zum Stalking oder die Neuorganisation der Tätigkeit des Landesrates verbunden mit der Teilnahme der Staatssekretäre der involvierten Ministerien. Diese Aufgabenstellungen sind wiederum Arbeitsplan von CORA für 2008 aufgenommen worden.
- Im Landesrat zur Begleitung der Umsetzung des Landesaktionsplanes konnte 2007 der Prozess der Schwachstellenanalyse abgeschlossen werden. Sie hat wichtige Hinweise für die Verbesserung der Kooperation von staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen in M-V bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und damit Ansatzpunkte für die zukünftige Arbeit ergeben. Ungeklärt ist immer noch das Problem der Arbeitsweise des Landesrates. Bereits im vergangenen Jahr hat CORA auf die Notwendigkeit die Vertretung der Ministerien mit Entscheidungsträgern, möglichst mit den jeweiligen Staatssekretären, hingewiesen, um so die Aufgabe als Begleitgremium zum Landesaktionsplan effektiv umzusetzen. CORA sieht hier für sich die Aufgabe einer guten Abstimmung der Vorhaben mit dem Büro der Staatssekretärin. Als Themenschwerpunkte stehen die Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution, Stalking und die Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung gewaltbetroffener Frauen an. In den jeweiligen Arbeitskreisen müssen diese Themen differenziert und interdisziplinär bearbeitet werden.
- Als neuer Themenkomplex muss das Thema Strafrecht in Fällen von Gewalt gegen Frauen in den Blick genommen werden. Das beinhaltet sowohl die Verbesserung des Opferschutzes in gerichtlichen Verfahren, als auch die verstärkte täterbezogene Intervention. Hier stehen die Überlegungen und Initiativen aus Sicht von CORA noch am Anfang.
- Der Interdisziplinäre Austausch mit Staatsanwaltschaften, Interventionsstellen und Polizei war 2007 das entscheidende Monitoringinstrument der Intervention bei häuslicher Gewalt. Er wird auch 2008 weitergeführt. Neben dem fachlichen Austausch innerhalb der Berufsgruppen müssen auch andere gemeinsame Themen angegangen werden. Hier sind mit einem Vortrag von Polizeirat Segebarth zur täterbezogenen Intervention wichtige Ansatzpunkte gegeben. Auch das Thema Stalking und das polizeiliche Handeln in High-Risk-Fällen werden in diesem Austausch fachlich fortgeführt.

- Das Themengebiet Menschenhandel und Zwangsprostitution konnte in 2007 nicht in der geplanten Weise bearbeitet werden. Für 2008 müssen die geeigneten Rahmenbedingungen durch die Einrichtung und den optimalen Start der Fachberatungsstelle zu Menschenhandel und die Installation eines entsprechenden Kooperationsgremiums auf der Landesebene geschaffen werden.
- Das Thema Stalking muss 2008 verstärkt in Angriff genommen werden. Das in der Arbeitsgemeinschaft Stalking zu erstellende Konzept zur Intervention und Prävention bei Stalking muss zügig erstellt und in die Praxis überführt werden. Wichtige Punkte hierbei sind die Umsetzung der fachlich qualifizierten Beratung der Opfer, die Anpassung der polizeilichen Erlasslage sowie die Fortbildung der entsprechenden Berufsgruppen.
- Die intensive Zusammenarbeit der Koordinierungsstelle CORA mit den Landesarbeitsgemeinschaften der Frauenunterstützungseinrichtungen hat sich bewährt, sie leistet einen Beitrag zur internen fachlichen Qualifizierung und zur Sicherung des gegenseitigen Informationsaustausches. Mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Beratungsstellen gegen sexualisierte Gewalt wird ein kontinuierlicher Austausch für 2008 angestrebt. Zusätzliche Möglichkeiten der Abstimmung und des Austausches sind mit dem AK Netzwerk gegeben, den CORA auch 2008 weiter leiten und organisieren wird.
- Die Statistiken der Frauenunterstützungseinrichtungen sind wichtige Instrumente der Qualitätssicherung und Dokumentation, sowie unentbehrliche Argumente zur Notwendigkeit der finanziellen Förderung durch Land und Kommunen für Einrichtungen zu diesem Thema. Diese Qualitätssicherung muss in den Landesarbeitsgemeinschaften gründlich betrieben werden. CORA wird sich in den Landesarbeitsgemeinschaften der Frauenunterstützungseinrichtungen dafür einsetzen, einheitliche, belastbare und transparente Zahlen zu erheben.
- Der Fachinformationsdienst CORAktuell hat sich mit der 15. Ausgabe erstmals als ein Forum der fachlichen und kontroversen Diskussion präsentiert. Neben fachlichen Informationen in den Ausgaben sollten auch kritische Auseinandersetzungen in zukünftigen Ausgaben ihren Platz finden. Schwerpunkte der Ausgaben für 2008 werden sein: „Diskussionsforum zur Täterarbeit“, Sonderausgabe zu 10 Jahren CORA, „Opferschutz im Strafverfahren“ und „Die Rolle des Feminismus in der Antigewaltarbeit“.
- Nach der Fachtagung für das Gesundheitswesen zum Anfang 2008 muss die AG Gewalt und Gesundheit neue Schwerpunkte ihrer Arbeit finden. Dabei können Ideen aus der Fachtagung aufgegriffen werden. Hier ist insbesondere die Überlegung zu nennen, an einem der beiden rechtsmedizinischen Institute in M-V eine rechtsmedizinische Untersuchungsstelle für Gewaltopfer im Rahmen eines Modellprojektes einzurichten.
- Die Koordinierungsstelle wird auch 2008 weiter Fortbildungsangebote für verschiedene Berufsgruppen vorhalten und bei Bedarf durchführen. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre mit vielen Absagen von Veranstaltungen auf Grund fehlender Nachfrage bei den jeweiligen Zielgruppen (LehrerInnen, Jugendämter, Gesundheitswesen etc.) sind hier die Berufsverbände, Ministerien, Kommunalverwaltungen und Behörden gefragt, um eine entsprechende Motivation für die Teilnahme herzustellen. Fest geplant sind bereits MultiplikatorInnenfortbildungen durch CORA für neue Mitarbeiterinnen in den Interventionsstellen, insbesondere in der Kinder- und Jugendberatung.